Schlagwort-Nr. 1024. Online seit 24.03.2010, aktualisiert am 06.05.2019.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Ablehnung der Kriegskredite

Seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte der Reichstag bis zum Sommer 1917 bereits acht Kriegskreditvorlagen bewilligt. Die Mehrheitssozialisten (MSPD) hatten diesen bisher im Rahmen der Burgfriedenpolitik zugestimmt. In der Sitzung vom 26. Juni 1917 machte der mehrheitssozialistische Parteiausschuss die Zustimmung zur neunten Kriegskreditvorlage von eindeutigen Erklärungen der Reichsleitung zur Kriegszielfrage und zur inneren Neuorientierung abhängig. Noch an demselben Tag forderten die Reichstagsabgeordneten Philipp Scheidemann und Eduard David ultimativ von Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, dass er ihr Programm eines "Friedens ohne Annexion und Entschädigung" übernehmen solle. Die MSPD hatte die im Rahmen der Russischen Revolution entstandene "Petersburger Friedensformel" in ihrer Friedensresolution vom 19. April des Jahres übernommen.

Literatur:

HUBER, Ernst Rudolf,Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914-1919, Stuttgart u. a. 1978, S. 256-257, 289-290.

WELCKER, Johanna M., Zwischen Wirklichkeit und Traum. Die Stockholmer Friedenskonferenz von 1917, in: GRÖBL-STEINBACH, Evelyn (Hg.), Arbeiterbewegung und Friedensfrage 1917-1939. Spontaneität und Organisation in der Arbeiterbewegung als methodologisches Problem. Linz, 13. bis 17. September 1983 (Geschichte der Arbeiterbewegung 20), Wien 1985, S. 33-69.

Empfohlene Zitierweise:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Ablehnung der Kriegskredite, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 1024, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/1024. Letzter Zugriff am: 06.08.2025.